

Niederschrift über die
öffentlichen Verhandlungen
des Verwaltungsausschusses
vom 26. Januar 2017

Beginn: 18:31 Uhr

Ende: 21:18 Uhr

Anwesend:

Der Vorsitzende Dirk Schönberger,

die Stadträte

Gustav Bohnert , Peter Bürkle , Heike Gebbert (während der Fassung des
Empfehlungsbeschlusses zum SPD Antrag 2 abwesend) , Jürgen Dieter Geiger , Steffen Kirsch ,
Dr. Frank Knödler (ab 19:02 Uhr, TOP 2 ö anwesend), Heinz Layher , Armando Javier Mora
Estrada (ab 18:32 Uhr, TOP 1 ö anwesend), Dr. Thomas Schulz , Swantje Sperling , Georg
Strohmaier , Gerhard Waldbauer , Kurt Goldmann (Vertretung für Frau Angelika Feurer),

sowie von der Verwaltung

EBM Balzer, BM Velte, FBL Kellert, FBL Messer, FBL Weiß, FGL Tretter, FGL Brenner, FGL Rixecker,
FGL Bahmer, FGL Huber, Herr Leutenecker (von 18:45 Uhr, TOP 2, Freie Wähler, Frage 16 bis
19:34 Uhr, TOP 2, FDP, Frage 15 abwesend), Herr Uwe Müller, Frau Dinkel (Schriftführerin)

Abwesend:

Angelika Feurer ,

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende

Stadträte

Schriftführerin

CDU

Freie Wähler

Bündnis 90/Die Grünen

SPD

FDP

Öffentliche Tagesordnung

- | | |
|--|----------|
| 1. Entwicklung der Wilhelm-Keil-Gemeinschaftsschule
- Bau einer Interimslösung | 006/2017 |
| 2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017 | 004/2017 |
| 3. Bekanntgaben | |
| 4. Verschiedenes | |

§ 1

Entwicklung der Wilhelm-Keil-Gemeinschaftsschule - Bau einer Interimslösung

Vorlage 006/2017

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Schule korrekterweise „Wilhelm-Keil-Schule“ heißt und bittet darum den Fehler zu entschuldigen.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass BM Velte bereits am Dienstag ausgeführt habe, dass die angegebenen 400.000 Euro nicht ausreichen werden. Es würden ca. 200.000 Euro mehr benötigt.

Auf Nachfrage von StRat Schulz erläutert EBM Balzer, dass man mittelfristig von einer Dreizügigkeit der Gemeinschaftsschule ausgehe.

Empfehlungsbeschluss:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig folgendes zu beschließen:

1. Der Raumbedarf und die Notwendigkeit einer Interimslösung werden anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Sachdarstellung genannten Alternativen konkreter zu prüfen und einen Beschluss zur Ausschreibung vorzulegen.

§ 2

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017

Vorlage Nr. 004/2017

Der Vorsitzende spricht die Fragen zum Haushalt und die vorliegenden schriftlichen Antworten der Verwaltung an.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bei der Reihenfolge der Anträge ein Fehler unterlaufen sei. Die Reihenfolge richte sich normalerweise nach dem Eingang der Anträge. Dadurch dass die Anträge über unterschiedliche Kanäle eingegangen seien, sei die vorliegende Reihenfolge nicht korrekt. Man habe allerdings mit der betroffenen Fraktion gesprochen und das „OK“ erhalten, trotzdem in der vorliegenden Reihenfolge beraten und beschließen zu dürfen.

Freie Wähler, Frage 1

Der Vorsitzende verweist hierbei auf die anschließend stattfindende nichtöffentliche Sitzung.

Freie Wähler, Frage 2

StRat Waldbauer kritisiert, dass man an diesem Thema in den letzten Jahren nicht weitergemacht habe.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die interkommunale Zusammenarbeit unser Anliegen sei und man das bei jedem Thema abprüfe. Man wolle keine Kirchturmpolitik.

Freie Wähler, Frage 3

StRat Waldbauer bittet um die Mitnahme in den Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales.

Freie Wähler, Frage 4

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Frage zufrieden.

Freie Wähler, Frage 6

StRat Waldbauer bittet die Verwaltung sich dafür einzusetzen, dass dort künftig ein privater Notar hinkommt.

Freie Wähler, Frage 8

StRat Waldbauer spricht die Nutzung des Kletterturms im Zusammenhang mit dem Sportentwicklungsplan an und plädiert dafür den Kletterturm nicht nur auf die schulische Nutzung zu beschränken.

Freie Wähler, Frage 11

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Frage zufrieden.

Freie Wähler, Frage 12

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Frage zufrieden.

Freie Wähler, Frage 15

StRat Waldbauer bittet darum, den Beschaffungsplan kritisch zu hinterfragen.

Freie Wähler, Frage 16

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Frage zufrieden.

Freie Wähler, Antrag 3

EBM Balzer stellt dar, dass die Zusammenarbeit seit September 1996 laufe. Die Kündigungsfrist dieser Vereinbarung betrage ein Jahr zum Jahresende. Daher könne man erst zum 31.12.2018 kündigen.

Man müsse sich im Klaren darüber sein, dass nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Fahrzeug- und Personalkosten steigen würden.

Die Gesamtzahl der geahndeten Fälle habe sich verdoppelt. Die Personalkapazität in der Bußgeldstelle in Remseck sei ausgelastet. Wenn man den Antrag beschließe, benötige man auch mehr Personal.

Weiter führt EBM Balzer aus, dass man nächstes Jahr eine mobile Messeinrichtung „Geschwindigkeitsüberwachung“ neuanschaffen werde. Die Kosten hierfür werden sich auf 100.000 Euro belaufen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man noch entscheiden müssen, ob die mobile Messeinrichtung anstatt oder zusätzlich angeschafft werde.

StRat Bohnert stellt klar, dass seine Fraktion keine Abzocke wollen.

StRat Waldbauer sagt, dass seine Fraktion den Antrag modifizieren werde. Der Antrag werde auf die Erhöhung der Kontrolldichte abzielen. Dafür müsse man entweder auch dem Zusammenschluss heraus oder eine weitere Messeinheit anschaffen.

EBM Balzer antwortet, dass man Lösungen zu vermehrten Kontrollen prüfen werde und im Laufe des Jahres das Ergebnis im Gemeinderat vorstelle. Zudem werde man mit den beteiligten Kommunen sprechen.

StRat Bürkle führt aus, dass die Verwaltung vorher die Kosten als Gegenargument angeführt habe, nun schlage die Verwaltung die Anschaffung eines zusätzlichen Fahrzeugs vor. Dann benötige man seiner Meinung nach auch eine zweite Besatzung. Weiter fordert StRat Bürkle mit dem Konzept eine Gegenüberstellung der Kosten. Die Verwaltung solle das Konzept bis Mitte des Jahres vorlegen. Auf dieser Grundlage könne man dann eine Entscheidung treffen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Anschaffung eines zweiten Messgeräts nichts über die Auslastung aus sage.

StRat Knödler ist dafür am bestehenden Vertrag festzuhalten.

StRat Layher ist die aktuelle Kontrolldichte fast schon zu hoch. Er plädiert ebenfalls dafür die Überlegungen bis Mitte des Jahres in einer Sitzungsvorlage zusammenzufassen und auf dieser Basis zu entscheiden.

StRat Waldbauer wird für die Gemeinderatssitzung einen geänderten Antrag stellen und verzichtet auf eine Abstimmung im Verwaltungsausschuss.

Grüne, Fragen

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Fragen zufrieden.

Grüne, Antrag 1

FBL Messer stellt dar, dass man im Bedarfsplan im Mai ein Defizit vorhergesagt habe, welches nun eingetreten sei. Im nächsten Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales werde man weiterplanen.

EBM Balzer ergänzt, dass es jedes Jahr eine Bedarfsplanung gebe und möchte wissen, was man in Zukunft anders machen solle.

StRätin Gebbert führt aus, dass es zu spät sei, dies erst im Mai festzustellen. Dies sollte ca. ein Jahr vorher geprüft werden. Dies könne man doch über Geburtenzahlen, Zu- und Wegzüge hochrechnen.

Der Vorsitzende widerspricht, dass man Zuzüge nicht vorhersehen könne.

StRat Bohnert verweist auf einen Zeitungsartikel mit der Überschrift „Grüne fordern mehr Betreuungsplätze“. Darin hieße es, die Stadt habe die Watomis genötigt weitere Gruppen zu eröffnen, um „aus dem Schneider zu sein“.

EBM Balzer führt aus, dass er an diesem Artikel nicht beteiligt und auch nicht dazu befragt worden sei.

Der Vorsitzende stellt klar, dass man die Watomis niemals genötigt habe.

StRätin Sperling wird die Thematik nochmals in ihrer Fraktion beraten.

Es findet keine Abstimmung statt.

FDP, Fragen 1, 3, 4, 8, 9, 13, 17, 24, 26, 27

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Fragen zufrieden.

FDP, Frage 5

Der Vorsitzende teilt mit, dass man in Kooperation mit dem Lise-Meitner-Gymnasium „Stolpersteine“ machen wollte. Die Schule wolle aber eher in Richtung Gedenktafeln in Hochberg gehen.

FDP, Frage 14

BM Velte führt aus, dass das Problem die veränderten Schließzeiten gegenüber früher seien. Dies sei auch ein Grund für die niedrigere Miete. Es gebe nicht mehr so viel Zulauf. Die Parksituation sei schwierig und die Küchenausstattung begrenzt.

StRat Bohnert möchte wissen, was die minimale Schließzeit sei.

Herr Müller antwortet, dass aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses die Halle bis 1 Uhr freigegeben sei. Dazukomme, dass in den Schlosshof nur mit einem Auto zugefahren werden darf. Eine weitere Nutzung des Schlosshofs beispielsweise für einen Stehempfang sei nicht möglich.

FDP, Frage 15

Der Vorsitzende führt aus, dass sofern es sich nicht um ein Interview handele, er den Text nicht vorher zur Genehmigung vorgelegt bekomme. Grundsätzlich könne er für die Zukunft nichts ausschließen. Für den Haushalt 2018 sei nichts geplant.

FDP, Frage 16

FBL Kellert bejaht den ersten Teil der Frage. Dies sei auch im Vorbericht auf der Seite 42 zu lesen.

Nämlich sofern die derzeit noch grob geschätzten Baukosten eingehalten werden können. Daher sei dies auch nicht in der Finanzplanung enthalten.

Bisher sei die Vorgehensweise so gewesen, dass man solche Zuschüsse immer im Planjahr und wenn man einen konkreten Zuschussantrag gestellt hat, in die Finanzplanung aufgenommen habe.

FDP, Frage 19

FBL Kellert antwortet, dass die im betreffenden Planungszeitraum geflossenen Zuschüsse dort aufgelistet seien.

Die Zuschüsse zum Sportplatzbau werden auch dort aufgelistet, sofern sie konkret einschlägig in den Planungszeitraum fallen oder das Rechnungsergebnis im Planungszeitraum liegt.

StRat Bohnert führt aus, dass beim SGV Hochdorf 125.000 Euro aufgeführt seien. Er habe sich gefragt, ob in der Zwischenzeit nochmal 125.000 Euro ausgegeben wurden oder ob das die Endsicherungsmaßnahme von zwei Jahren mit dem Unterbau und dem Sicherungsbau am Zipfelbach damit gemeint sei.

FBL Kellert antwortet, dass die auf dieser Seite aufgeführten 125.000 Euro, kein Zuschuss, sondern Ausgaben für Sport und Außenanlagen seien. Bei diesem Betrag gehe es um die genannte Hangsicherung (beim Zipfelbach).

FDP, Frage 20

FBL Kellert erläutert, dass man das Baugebiet Halden II damals bezüglich der Bauerschließungskosten über ein Finanzierungskonto außerhalb des Haushalts finanziert habe. Diese Praxis habe man wegen der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und der Ablösung verlassen. Diese Vorgehensweise werde nun seit 20 Jahren praktiziert. Man könne die Finanzierung des Grunderwerbs und die Veräußerung über ein Konto außerhalb des Haushalts finanzieren, aber nicht die eigentliche Erschließungsmaßnahme.

FDP, Frage 25

FBL Kellert stellt dar, dass man von keiner solchen Liste wissen, wie sie hier beschrieben werde.

StRat Bohnert führt aus, dass man in den letzten Jahren zwei bis drei Mal eine Liste erhalten habe, in der aufgeführt war, in welchem Stadtteil, welcher Verein, für welche Maßnahme, was gekommen hat. Dies sei eine Excel-Tabelle gewesen mit dem sinngemäßen Titel: Fördermaßnahmen und Zuschüsse für örtliche Sportvereine.

FBL Kellert fragt nach, ob die Liste nur über die Investitionszuschüsse sei.

StRat Bohnert bejaht dies.

FBL Kellert sagt zu, dass er nochmal nach der Liste suchen werde.

FDP, Antrag 2

Es findet keine Abstimmung statt.

Die Verwaltung akzeptiert den Antrag und wird mit dem Thema im Februar auf das Gremium zukommen.

FDP, Antrag 4

FBL Weiß stellt dar, dass man, genauso wie beim letzten Mal, nicht die Vorreiterrolle einnehmen und dem Landkreis nichts vorwegnehmen wolle.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es drei Fälle gegeben habe, bei denen der Versicherungsschutz gegriffen hätte. Allerdings waren die Personen in der Obhut des Landratsamts. Damit hätte unsere Versicherung nicht gegriffen.

StRat Mora Estrada teilt mit, dass er Eigenschutz möchte. Ihm gehe es um größere Schäden, beispielsweise Personenschäden. Es gehe ihm um die Personen, für die die Stadt zuständig sei. Kosten beliefen sich auf 1.500 bis 2.000 Euro im Jahr für die ca. 50 betreffenden Personen in Remseck. Dies sei seiner Ansicht nach nicht zu viel ausgegeben für den Eigenschutz. Zum einen für den Flüchtling, zum anderen für den Remsecker Bevölkerung. Im Zweifel ruiniere man zwei Familien gleichzeitig.

StRat Mora Estrada kritisiert, dass Argument „nicht die Vorreiterrolle machen zu wollen“, um 1.500 bis 2.000 Euro in dem Haushalt gespart zu haben, der mehrere Millionen schwer sei.

Weiter führt StRat Mora Estrada aus, dass es um unsere Verantwortung gehe, um die Fälle, die wir abdecken können. Dass wir uns nichts vorwerfen lassen müssen, wenn ein solcher Fall eintrete. Er möchte sich am Schluss diesen Schuh nicht anziehen müssen.

StRat Kirsch führt aus, dass er dagegen ist eine Versicherung abzuschließen. Für ihn gelte die Gleichbehandlung. Für andere Gruppen würde man ja auch keine Versicherung abschließen. Die CDU-Fraktion werde dagegen stimmen.

StRätin Sperling findet die Argumentation von StRat Mora Estrada logisch. Die Grünen werden für den Antrag stimmen.

StRat Layher betont, dass diese Personengruppe sich ja nicht selber versichern könne. Er möchte den potentiell Geschädigten schützen. Die SPD-Fraktion werde zustimmen.

StRat Mora Estrada führt aus, dass es Städte gebe, die eine solche Versicherung abgeschlossen haben. Es sei ein geringer finanzieller Aufwand um unsere Bevölkerung zu schützen.

StRat Schulz möchte wissen, was der Städtetag bzw. der Gemeinderat dazu sage.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es keine positive Resonanz von den anderen gebe. Die anderen 38 Kommunen und das Landratsamt werden dies nicht tun. Weiter gehe es hier auch um die Gleichbehandlung für andere Personengruppen, die sich in der Obhut des Landkreises befinden. Es gebe keine Empfehlung vom Städte- oder Gemeindetag.

StRat Mora Estrada stellt dar, dass im Hebesatz der Sozialhilfe ein Betrag für die Haftpflichtversicherung mit enthalten sei.

Empfehlungsbeschluss:

6 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

CDU, Fragen 3, 4, 5, 11

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Fragen zufrieden.

CDU, Frage 1

FBL Kellert erläutert, dass die Kommune zur Bildung einer Finanzausgleichsrücklage gesetzlich nicht verpflichtet sei. Remseck habe so eine Rücklage, um die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs abzufedern. Wenn man in einem Jahr deutlich höhere Steuereinnahmen habe, treffe die Stadt die Belastung durch Umlagen und

geringerer Schlüsselzuweisungen erst zwei Jahre später.
FBL Kellert geht Ende des Jahres 2016 von einem Rücklagenbestand von rund 10,65 Millionen Euro aus. Darin enthalten seien rund neun Millionen Euro für zwei Jahre Finanzausgleichsrücklage.
Zwei Jahre später werde dieser Betrag dann aufgelöst und für Investitionen frei. Von diesen 10,65 Millionen Euro seien runde 1,15 Millionen Euro keine gesetzliche Rücklage. Diesen Rücklagebestand wolle man für Investitionen verwenden. Dies sei rechtlich zulässig. Die Konsequenz sei allerdings, dass wenn in den kommenden Jahren die Negativauswirkungen „höhere Umlagebelastung“ nicht durch höhere Einnahmenezuwächse abgefedert werden könnten, dies sich direkt auf das Ergebnis des Verwaltungshaushalts auswirke. Dies könne gegebenenfalls zu einer Negativzuführung führen. Die Finanzplanung bis 2020 sei so aufgebaut, dass man bis zum Jahr 2020 auf einen Restbestand von ca. 300.000 Euro an Mindestrücklage zurückgehe, um die Rücklagen für Investitionen einsetzen zu können.

CDU, Antrag 1

Es findet keine Abstimmung statt.

EBM Balzer sagt zu, dass im Frühjahr eine Vorlage zu diesem Thema komme.

CDU, Antrag 3

EBM Balzer teilt bezüglich des Platzbedarfs in Neckargröningen mit, dass aktuell in der Grundschule fünf Klassenzimmer zur Verfügung stünden und fünf Klassen unterrichtet werden. Für September 2017 rechne man mit 22 Schüler/innen, für September 2018 mit 23 Schüler/innen.

Weiter stellt EBM Balzer dar, dass man keine Veranlassung für einen weiteren Raum sehe.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass nicht alle Neckargröninger Kinder auch in dieser Schule angemeldet werden.

Weiter führt der Vorsitzende aus, dass es um die „Prüfung und die Berichterstattung“ gehe. Dies wurde hiermit erfüllt und wird auch in Zukunft weiter stattfinden.

Es findet keine Abstimmung statt.

CDU, Antrag 4

EBM Balzer verweist auf die Ausführung bei der Frage 4 der Freien Wähler.

StRat Kirsch erläutert die Hintergründe der Antragstellung. Eine

Sportentwicklungsplanung ziehe in der Konsequenz bauliche Maßnahmen mit sich. Auf diese sollte man zeitnah reagieren können. StRat Kirsch sieht allerdings aktuell wichtigere Aufgaben, beispielsweise die Neue Mitte. Zudem binden die Themen Remstal Gartenschau, Entwicklung Ganztagschule und die Neue Mitte sehr viel

Verwaltungskapazität. Daher schlage seine Fraktion vor, das Thema Sportentwicklungsplanung zu schieben bis die großen Themenblöcke abgearbeitet sind. StRat Waldbauer wird nicht zustimmen.

StRat Schulz fragt sich, warum es nicht Vereinsentwicklungsplanung heiße.

EBM Balzer erläutert, dass es auf die damalige Sportentwicklungsplanung aufbaue. Die jetzige Planung sei allerdings nicht so weitreichend. Sie beinhalte beispielsweise nicht die Infrastruktur. EBM Balzer nimmt die Anregung zum Titel gerne mit.

StRat Bohnert teilt mit, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende bejaht die Frage von StRat Kirsch, dass die Sportentwicklungsplanung keine Investitionen nach sich ziehe.

Der Antrag wird zurückgezogen.

SPD, Fragen

Die Fraktion ist mit der schriftlichen Beantwortung der Fragen zufrieden.

SPD, Antrag 1

EBM Balzer erläutert, dass man bereits im März 2002 die Stelle eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten beschlossen habe. Nachdem der damalige Stelleninhaber 2012 ausgeschieden war, habe man versucht über das Bürgerschaftliches Engagement einen Nachfolger zu finden. Man habe sich gescheut die Stelle auszuschreiben, da man diese erst mal genau definieren müsse. EBM Balzer glaubt nicht, dass man dadurch eine geeignete Person finden werde. Er würde gerne ein paar Personen aussuchen und diese entsprechend darauf ansprechen.

StRat Layher findet, dass ein Behindertenbeauftragter beim Rathausneubau gut tun würde. Wir seien nicht geeignet, alles zu erkennen. StRat Layher teilt mit, dass seine Fraktion für eine Aufwandsentschädigung bereit sei. Man solle nicht die Hände in den Schoß legen.

StRat Waldbauer verweist auf eine Gruppe, die den Stadtplan fortschreibe. Er habe Sympathien für den Vorschlag von EBM Balzer. Die Verwaltung solle jemanden vorschlagen.

BM Velte antwortet, dass man diese Gruppe eingeladen habe und zusammen mit Herrn Hein die Rathauspläne angeschaut habe.

EBM Balzer erläutert, dass keine dieser Gruppe die Stelle des Behindertenbeauftragten übernehmen möchte.

StRat Kirsch wird dem Antrag so nicht zustimmen.

StRätin Sperling sieht die Person als Ansprechpartner.

EBM Balzer macht klar, dass man sich vor einer Ausschreibung über den Inhalt der Stelle einigen müsse.

Empfehlungsbeschluss:

6 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen

SPD, Antrag 2

FBL Kellert teilt mit, dass in den Jahren 1998, 2003, 2005, 2010 eine AG gegeben habe. Im Jahr 2010 waren zehn Gemeinderäte und die Verwaltungsspitze Mitglieder der AG. Die Ergebnisse seien immer sehr hilfreich gewesen. Die Verwaltung stehe dem Antrag positiv gegenüber.

StRat Layher stellt dar, dass man mit der AG nicht in die Rechte des Gesamtgemeinderats eingreifen möchte. Die AG solle ohne Zeit- und Handlungsdruck Strukturverbesserungen vorschlagen.

StRat Kirsch stellt dar, dass man sich beim Punkt „den Haushalt zu konsolidieren und strukturelle Schwachstellen anzugehen“ einig sei. Nun bei dem Weg sei man anderer Meinung. Er finde, dies sei Aufgabe des Gesamtgremiums. Die Anzahl an Ausschüssen und Arbeitsgruppen habe seit 2014 zugenommen.

StRat Kirsch teilt mit, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde, um dies nicht noch

weiter auszudehnen.

StRat Waldbauer kann sich nicht vorstellen, welche neuen Erkenntnisse diese AG gewinnen sollte.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er, EBM Balzer und BM Velte für den Antrag sind.

Empfehlungsbeschluss:

8 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

(StRätin Gebbert ist während der Abstimmung abwesend.)

SPD, Antrag 3

Die Verwaltung sichert die geforderte Erstellung einer Konzeption zu.

Es findet keine Abstimmung statt.

SPD, Antrag 4

EBM Balzer spricht an, dass die Verwaltung die Thematik mal prüfen würde.

StRat Layher habe nicht gewollt, dass die Parkplätze für Werbewagen, etc. missbraucht werden.

StRat Waldbauer ist auch der Meinung, dass solche Zustände nicht gewollt waren. Wenn man für die Anwohner beschränke, solle man die Mitarbeiter mit reinnehmen.

StRat Layher teilt mit, wenn die Verwaltung zu sage, dass sie sich ohne Entscheidung um das Problem kümmere und im Gemeinderat in den nächsten sechs Monaten darüber berichte, werde man den Antrag zurückziehen.

Die Verwaltung sichert zu, das Anliegen zu prüfen und in den nächsten sechs Monaten auf den Gemeinderat zuzukommen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

StRat Schulz bittet die Verwaltung zu prüfen, ob man vor der Ein- und Ausfahrt vom EDEKA und Aldi aufgrund der besseren Sicht einen Parkplatz wegmachen könne.

Die Verwaltung nimmt den Prüfungsauftrag mit.

SPD, Antrag 6

EBM Balzer teilt mit, dass der Gemeinderat diese Angelegenheit nur beauftragen könne, beschließen und anordnen könne nur die untere Verkehrsbehörde.

StRat Layher stellt den Antrag auf „Die Verwaltung wird beauftragt...“ um.

EBM Balzer ergänzt, dass die AG Verkehr sich mit der Ortsdurchfahrt Aldingen und der Schiffskreuzung beschäftigen werde.

Empfehlungsbeschluss:

12 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung

SPD, Antrag 7

EBM Balzergibt den Auftrag gerne an die Polizei weiter. Diese sei für den fließenden Verkehr zuständig. Zum Thema „technische Vorrichtungen“ benötige er fachliche Beratung.

StRat Layher erläutert den Antrag.

StRat Waldbauer teilt mit, dass er im Ziel mit der SPD einig sei. Er schlägt vor, dort wieder Anliegerverkehr einzurichten.

EBM Balzer nimmt den Vorschlag in die AG Verkehr mit.

StRat Layher würde auf eine Abstimmung verzichten, sofern die Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme der Polizei zu den Kontrollen zusage.

Die Verwaltung sagt zu, eine schriftliche Stellungnahme der Polizei zu den gewünschten Kontrollen einzuholen.

Es findet keine Abstimmung statt.

SPD, Antrag 8

EBM Balzer teilt mit, dass der Bericht von 2015 vorliege, dass aber noch Korrekturen erforderlich seien. Der Bericht von 2016 sei für Ende Februar/Anfang März zugesagt worden. Sobald man mit den Berichten zufrieden sei, werden diese dem Gemeinderat vorgelegt.

Es findet keine Abstimmung statt.

FBL Kellert führt aus, dass zwei Beschlüsse zur Änderung des Zahlenwerks führen. Die überarbeitete Liste werde für die Fraktionssitzung am Montag zur Verfügung gestellt.

§ 3

Bekanntgaben

Es wird nichts bekannt gegeben.

§ 4

Verschiedenes

Durchfahrtsverbot

StRat Schulz möchte wissen, wer das nun geltende Durchfahrtsverbot überprüfe.
EBM Balzer antwortet, dass dafür die Polizei zuständig sei.

